

Unterzeichner der Erklärung

Berlin, den 28. Juli 2005

t

 <p>DBV Deutscher Bauernverband</p>	 <p>DEUTSCHER LANDKREISTAG</p>	 <p>Z V G Zentralverband Gartenbau</p>
 <p>Deutscher Jagdschutz- Verband</p>	 <p>Bundesarbeitsgemeinschaft der Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbesitzer</p>	 <p>ECHTER DEUTSCHER HONIG Deutscher Imkerbund</p>
 <p>bgv exklusiv für die bundespolizei bundespolizeigewerkschaft - verbund innere sicherheit (bgv)</p> <p>Bundespolizeigewerkschaft Verbund innere Sicherheit</p>	 <p>KLB Katholische Landvolkbewegung Deutschland</p>	 <p>Ausschuss für den Dienst auf dem Lande der Evangelischen Kirche</p>
 <p>wvb REITENBERG DEUTSCHER WEINBAUVERBAND E.V.</p> <p>Deutscher Weinbauverband</p>	<p>Deutsche Reiterliche Vereinigung</p>	 <p>Land Frauen Deutscher LandFrauenverband</p>
 <p><i>Bund der Deutschen</i> Landjugend</p>		 <p>ARBEITSGEMEINSCHAFT DER GRUNDBESITZERVERBÄNDE e.V.</p>

Wortlaut der Erklärung
Gegen die Zerstörung von Eigentum -
gegen die Zerstörung eines Maisfeldes

Berlin, den 28. Juli 2005

Gentechnikgegner kündigen öffentlich für das kommende Wochenende (30./31. Juli 2005) die Zerstörung eines Maisfeldes in der Märkischen Schweiz in Brandenburg unweit von Berlin an.

Die Unterzeichner dieser Erklärung verurteilen entschieden den öffentlichen Aufruf zur Zerstörung des Maisfeldes. Wer öffentlich zur Straftat aufruft, dokumentiert ein fehlgeleitetes Demokratieverständnis. Ein solches Vorgehen ist auch nicht mit „Widerstand gegen die Grüne Gentechnik“ oder „Feldbefreiung“ zu rechtfertigen.

Der betroffene Landwirt säte Bt-Mais im Frühjahr 2005 im Rahmen der geltenden Gesetze und unter wissenschaftlicher Begleitung einer Bundesbehörde. Die gentechnisch veränderte Maissorte ist von der Europäischen Union in den gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten in der gesamten EU eingetragen und als resistent gegen den Befall des Pflanzenschädling Maiszünsler zugelassen worden.

Der öffentliche Aufruf zur Feldzerstörung ist ein Rechtsbruch und in keinem Fall ein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Dies gilt unabhängig davon, wie man zur Grünen Gentechnik in der Landwirtschaft steht.

Die Unterzeichner fordern Bund und Land auf, das Recht auf gesetzlich zugelassene Nutzung des Eigentums zu schützen. Es ist kein Kavaliersdelikt, wenn öffentlich zu Straftaten aufgerufen wird. Auch die politischen Parteien sind dazu aufgefordert, sich eindeutig von solchen Eigentumsdelikten zu distanzieren.

Verantwortlich:

Deutscher Bauernverband (DBV), Reinhardtstraße 18, 10017 Berlin,
Tel.: 030 / 319 04 239 – Fax: 030 / 319 04 431

